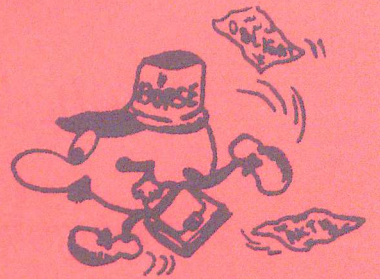


DER ROTE BÖRSENKRACH



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft

Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) - Oktober 99 - Preis: 5ÖS

Kommt die Flat Eric Tax?

Take it easy,
it's not a race.



Inhalte:

- 2 Editorial & Impressum*
- 3 Die Flat Tax der FPÖ*
- 4 Zur Lage der Nation(alisten)*
- 6 Quo Vadis Produktion?*
- 8 Gemischtes*
- 9 Beilage*
- 13 Anarchie und Chaos*
- 14 Gödels Unvollständigkeitssatz*
- 16 Geldpolitik im
Nationalsozialismus*
- 18 Vom Ende der SoWi*

übergangsbestimmungen

Informationsfolder der StRV VWL
erscheint demnächst

und:

25_Jahre_RBK_FEST

...mitte dezember!

Impressum: Medienhaber, Herausgeber und
Verleger: Fadinger Harald c./o.
Studienrichtungsvertretung Volkswirtschaft,
Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Layout: Michi&Trax&Christian
Druck: (Kopie) Eigenvervielfältigung

Liebe Leute!

Auch im neuen Semester meiden wir nicht die Öffentlichkeit! Wenn Ihr an aktuellen Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft interessiert seid, so seid Ihr hier richtig. Gemäß dem Grundsatz - Mischungen werden bevorzugt - sind wir geneigt zu sagen: LeserInnen, Euch erwartet ein optimales Artikel-Bündel!

Flat-Eric hat Levi's einen großen Erfolg und uns KundInnen eine liebenswerte Figur gebracht. Doch was bringt uns das Konzept der Flat-Tax? Stephan Schulmeisters Artikel bringt auf alle Fälle Klarheit.

Was uns die Wahlergebnisse gebracht haben ist offensichtlich: Wieder einmal ein 5:0 für den RBK! Schon weniger erfreulich sind die Fakultäts- und Universitätsvertretungsergebnisse. Die konservative AG rückt das Bild Österreichs auch auf UNI-Ebene ins rechte Licht, und stellt fest: Kinderbetreuung ist Frauensache. Willkommen in der NEUEN Hochschülerschaft! Was die NR-Wahlen angeht, so sind wir mehr als besorgt und fragen uns ernsthaft, wie es um die Lage der Nation(alisten) bestellt ist. Zwar nicht tagespolitisch aktuell, doch thematisch nahe: Der Artikel zur Geldpolitik im NS-Reich stellt das Fazit des SoSe 99 Projektes dar.

Auch Österreichs Top-Manager und Industrielle sind besorgt, allerdings in eigener Sache. In Alpbach hat ein Zirkel von 25 Männern & Gästen versucht, die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Österreich zu erörtern. Dazu ein Exklusiv-Bericht!

Warum das blinde Vertrauen in die Methoden der Mathematik zur Wahrheitsfindung trügerisch sein kann, wird auch versucht zu erklären. Was die Lehre und unser Studium betrifft, so findest du sowohl eine Positionierung zur Verschulung, als auch die unter Mikro-Einfluss gefertigten Fußball-theoretischen Überlegungen zur Personalpolitik (Beilage der StRV). Das Verschwinden des HS 26., sowie dessen Wiederentdeckung im Keller, stellt das erste Anzeichen der SoWi-Umsiedlung, und den Abschluss unserer Berichterstattung.

Euer RBK Redaktionsteam

Flat Tax der FPÖ

Ein Konzept für große Leute

Ein Gastkommentar von Stephan Schulmeister

Das Steuerkonzept besteht aus vier Hauptelementen: Der Steuersatz soll einheitlich 23 Prozent betragen, für jeden Erwachsenen gibt es einen Freibetrag von 150.000 S und für jedes Kind von 75.000 S (eine vierköpfige Familie ist erst ab einem Jahreseinkommen von 450.000 S steuerpflichtig), die Bemessungsgrundlage wird stark ausgeweitet (auch die Beiträge zur Sozialversicherung sind nicht mehr abzugsfähig) und die Unternehmer dürfen Investitionen im Anschaffungsjahr zur Gänze abschreiben.

Der Leiter der steuerpolitischen Abteilung im Finanzministerium, Dr. Anton Rainer, hat ein Modell entwickelt, das die Steuerersparnis quantifiziert (ohne Berücksichtigung von Familienbeihilfe und Kinderscheck). Die Daten beziehen sich auf eine vierköpfige Familie mit einem angestellten Alleinverdiener. Für die sozial Schwächsten wie (Teilzeit-)Beschäftigte mit einem Bruttolohn von unter 10.000 S bringt das FP-Konzept keine Besserstellung, weil der jetzige Kinderabsetzbetrag (der als Negativsteuer ausbezahlt wird) höher ist als die im Flat-Tax-Konzept vorgesehene "Beihilfe" für Bezieher niedriger Einkommen. Bei einem Bruttolohn von 15.000 S beträgt die Steuerersparnis im Jahr 3800 S, und auch bei einem Monatslohn von 25.000 S ist die Steuerersparnis mit 17.800 S noch relativ bescheiden. Je höher die Einkommen über dem Durchschnitt liegen, desto größer ist die Steuerersparnis: Wer im Monat 50.000 S verdient, wird jährlich mit 72.000 S gefördert, bei 100.000 S sind es 123.000 S, Spitzenmanager mit einem Monatsgehalt von 300.000 S zahlen um 676.000 S weniger Steuern.

Superverdiener

Es liegt im Wesen einer "Flat Tax", dass "Superverdiener" am meisten profitieren: bei einem Monateinkommen von einer Mio. beträgt die Steuerersparnis 2,6 Mio. pro Jahr. Auf der FPÖ-Webseite (<http://cgi.fpoe.at/flattax>) werden unter "Modell Faire Steuern" generell höhere Steuerersparnisse ausgewiesen, unter anderem, weil unter "bisherige Regelung" der Kinderabsetzbetrag nicht berücksichtigt wurde. Das Prinzip "wer mehr hat,

dem wird mehr gegeben" spiegeln aber auch die FPÖ-Berechnungen wider: Bei monatlichen Bezügen von 10.000 und 300.000 S weist das Modell 34 und 61.249 S an monatlicher Steuerersparnis aus. Wegen ihres Verteilungseffekts "nach oben" maximiert eine "Flat Tax" die Steuerausfälle und minimiert den Nachfrageimpuls: nur etwa 15 Prozent aller Unselbstständigen verdienen mehr als 35.000 brutto, wegen der (derzeitigen) Steuerprogression stammen aber etwa 55 Prozent der Lohnsteuereinnahmen von diesen besser Verdienenden; ihre spezifische Begünstigung durch die "Flat Tax" schlägt sich deshalb in besonders hohen Steuerausfällen nieder. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Konsumausgaben mit der Einkommenshöhe: eine Steuersenkung, welche in erster Linie den "Reichen" zugute kommt, stimuliert deshalb die Wirtschaft viel schwächer als eine gleich hohe, welche die Kaufkraft der Einkommensschwächeren stärkt. Daher wurde eine "Flat Tax" noch nie realisiert.

Reagan-Reform

Relativ am nächsten kam diesem Konzept die Steuerreform von Ronald Reagan 1983, da sie die "Reichen" besonders begünstigte. Aus den genannten Gründen waren ihre Auswirkungen auf Budgetdefizit und Staatsverschuldung desaströs. Eine nachhaltige Konsolidierung wurde erst seit 1994 erreicht, und zwar durch eine dem "Flat Tax"-Konzept diametral entgegengesetzte Politik: Unter Clinton wurde der Spitzensteuersatz stärker erhöht als je zuvor (von 31 Prozent auf 42 Prozent), dies dämpfte die Nachfrage kaum, erhöhte aber die Staatseinnahmen enorm. Entgegen den Behauptungen der FPÖ würde sich ihre Steuersenkung daher kaum durch Stimulierung der Wirtschaft größtenteils selbst finanzieren (die FPÖ beziffert die direkten Einnahmefälle mit 52 Mrd., das Finanzministerium mit 130 Mrd.). Auch die Vollabschreibung der Investitionen würde keinen Investitionsboom auslösen: Der Anreiz, aus Gründen der Steuervermeidung zu investieren, ist ja nur dann hoch, wenn auch der Grenzsteuersatz im oberen Bereich hoch ist - dieser wird aber im FPÖ-Konzept mehr als halbiert (von 50 auf 23 Prozent).

Wer würde am meisten vom FPÖ-Modell "Faire Steuern" profitieren? Die Milliardäre deshalb nicht, weil diese ihre Vermögen zumeist schon in Privatstiftungen eingebracht haben, und für Entnahmen nur 25 Prozent Kapitalertragssteuern zu zahlen haben. So hält etwa Thomas Prinzhorn nur 9,1 Prozent der Aktien der Hamburger AG persönlich, der Rest entfällt auf die Stiftung. Für Industrielle seiner Größe bringt das FPÖ-Modell daher für seine persönlichen Einkommen als Vorstandsvorsitzender Ersparnisse, doch dürften diese kaum über 1 Mio. liegen.

Am meisten rechnet sich die Reform für kleine Millionäre, deren Einkommen zu gering sind für eine Privatstiftung (erst ab ca. fünf Mio.), aber groß genug, um den Spitzensteuersatz von 50 Prozent zu spüren. Dass zu dieser Gruppe Jörg Haider gehört, steht sicher nicht im Zusammenhang mit dem freiheitlichen Modell, würde aber als Nebeneffekt die Parteikasse stärken, an

die er seine Steuerersparnisse ja abführen würde. Ähnliches mag für andere gut verdienende Parteifunktionäre gelten und auch für reiche Sympathisanten könnte eine Parteispende angesichts der Attraktivität der Flat Tax ein gutes Investment sein.

So sind das Ökonomische und das Politische auf vielfältige Weise miteinander verwoben, besonders bei einer Partei, die mit teurer Werbung um die Stimmen der kleinen Leute kämpft und dafür das Geld von großen Leuten braucht. Stephan Schulmeister ist Wirtschaftsforscher in Wien

Der RBK dankt Stephan Schulmeister für das zur Verfügungstellen dieses Beitrags! Der Artikel erschien erstmals am Montag, dem 27. September 1999 im STANDARD.

Zur Lage der Nation(alisten)

Von Freiheitlichen und anderen...

Der dritte Oktober ist vorbei, die Wahlen sind geschlagen und unzählige Kommentare zum Wahlergebnis in in- und ausländischen Zeitungen geschrieben. Daher kommt auch der RBK nicht darum herum, einen eben solchen zu veröffentlichen.

Nicht nur uns ist übel geworden angesichts des Wahlergebnisses, durch die gesamte Presse des Landes ging ein Aufschrei der Entrüstung, ausländische Medien berichteten vom erstmaligen Erstarken einer rechtsextremen Partei in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und Israel drohte sogar mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sollte die FPÖ an der Regierung beteiligt werden.

Bekam mensch was sie/er verdient(e)?

Eigentlich könnte mensch meinen, jede/r bekommt, was sie/er verdient, doch diese Strafe wäre zu hart für dieses Land. Da erwachen sogar erste patriotische Gefühle - alles möchte mensch dem Heimatland ja doch nicht zumuten. Wie schon so oft gehört, ist die FPÖ eine Ein-Mann-Partei, die von den Verkrustungen in der österreichischen Gesellschaft profitiert. Daß SPÖ und ÖVP nicht lernfähig sind, haben sie gleich nach den Wahlen zu erkennen gegeben, indem sie nach alter

Proporzmanier noch schnell diverse Spitzenbeamtenpositionen mit Parteigängern besetzt haben. Freilich, die FPÖ beweist in Kärnten, daß sie den "Postenschacher" noch wesentlich besser beherrscht, als die beiden ehemaligen Großparteien, was sie jedoch geschickter macht, ist, die eigenen Besetzungen als "unabhängige Experten" zu bezeichnen und gleichzeitig in einem Rundumschlag den politischen Gegnern ein Konvolut an anderen, falschen Anschuldigungen entgegenzuschleudern. Ähnlich bei den Mietensenkungen. Nachdem die FPÖ Millionen mit der eigenen Wohnbaugesellschaft in den Sand gesetzt hat und einer ihrer Abgeordneten sich wegen diverser im Zusammenhang damit stehender Delikte nach Brasilien absetzen mußte, veranschlagt sie die Mietensenkungen gemeinnütziger Wohnbaugesellschaften, die in Wirklichkeit durch niedrige Kreditzinsen ermöglicht wurden, so geschickt für sich, daß es anderen Parteien nicht gelingt, ihre eigenen Verdienste in diesem Zusammenhang der Öffentlichkeit zu vermitteln. Genauso beim AusländerInnenthema: Während die Sozialdemokratie zur Erfüllungsgeschäftsführerin degradiert wurde, die ohnehin alle Forderungen der FPÖ erfüllte, begann die FPÖ eine Hetzkampagne sondergleichen, als würde Österreich Flüchtlinge und insbesondere ausländische Kriminelle geradezu einladen.

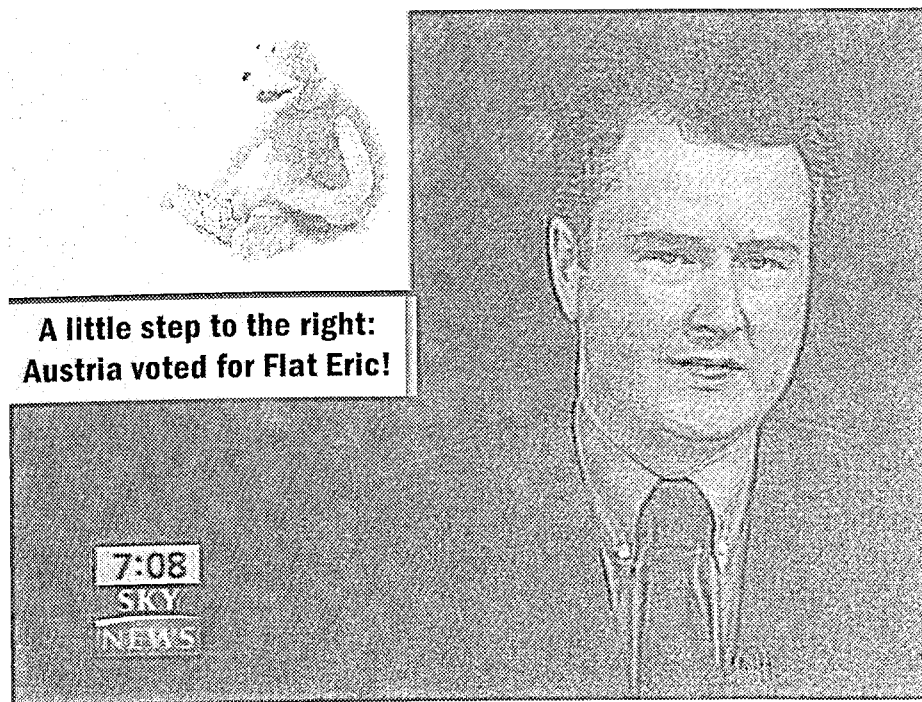
Besonders beliebt sind auch Behauptungen, wie die Prinzorns, daß die Krankenkassen Hormone an in Österreich lebende Ausländer ausgeben würden, damit diese das österreichische Sozialsystem "noch besser" ausnützen könnten.

Was können die anderen Parteien daraus lernen?-(Noch mehr) lügen zahlt sich aus! Je größer der verzapfte Blödsinn, desto mehr Wählerstimmen, je aggressiver vorgetragen, desto mehr Mandate!

Das Wahlergebnis scheint den Parteien allerdings noch nicht auszureichen. Sie müssen die armen Wähler weiterhin quälen, diesmal mit der kollektiven Drohung, in Opposition zu gehen. Einzig die FPÖ ist zu allen Koalitionen bereit. Sicherlich, die ÖVP muß sich an ihre Ankündigung halten, in Opposition zu gehen, falls sie nur den 3. Platz in der Wählergunst erreicht. 415 Wählerstimmen sind ja sicherlich die gesamte Einwohnerzahl einer ganzen durchschnittlich langen Gasse eines beliebigen Bergbauernorfes. Wenn das nicht ein eindeutiger Wählerauftrag ist! Natürlich ist eine weitere Koalition mit so einer SPÖ unzumutbar, immerhin hat die ÖVP diese Notlösung gerade einmal für die letzten 13 Jahre geschafft, da muß eindeutig eine Regierung "der besten Köpfe" her. Überhaupt kann man die Politiker, und wenn man schon dabei ist auch gleich die Demokratie, abschaffen und statt dessen ein paar "unabhängige"

Experten einsetzen, die zufällig, wie in Kärnten, Haiders Busenfreunde oder Saufkumpanen oder sonst etwas sind. Das ganze nennt man dann 3. "Republik"(aber nur mehr in Österreich).

Der nächste Satz ist daher, der braunen Lage angemessen, in Fäkalsprache verfaßt. Scheiß-Nazis, braunes Gewürm, Enddarmprodukt österreichischer Borniertheit wären sicher passende Bezeichnungen für so manche in diesem Land, hätten aber wohl auch rechtliche Konsequenzen, derzeit vielleicht noch Klagen wegen Rufschädigung, in Zukunft aber wahrscheinlich Kerker, Verfolgung durch die Staatspolizei und ähnliches.



Die internationalen Medien zeigen sich entsetzt!!!

Etwa 120 Quadratcentimeter Freiraum
zum Nachdenken über das Wahlergebnis.
(JedEr für sich!)

Viel Spaß wünscht
Der Rote Börsenstach

Quo vadis Produktion?

Was sich beim Europäischen Forum Alpbach abseits des Kongreßzentrums noch so tut - ein Exklusiv-Bericht!

Der vielzitierte Weg der Industrieländer zu Dienstleistungsgesellschaften scheint unaufhaltsam und beschäftigt nicht nur ArbeiterInnen, die um ihre Jobs fürchten, auch deren Chefs sorgen sich um ihr Einkommen und das Wohl der Nation. In Alpbach trafen sich 25 Manager österreichischer Industriebetriebe und ein paar Gäste aus dem Ausland zu einem Arbeitskreis, um zu überlegen, wie es sich auch in Zukunft lohnen kann, in Österreich zu produzieren.

Lieber Technologie als Frosch!

Läßt man einmal alle volkswirtschaftlichen Lehren außer Acht und wirft unbefangen einen Blick auf Westeuropas Wirtschaft zur Jahrtausendwende, so kann einen fast das Gefühl beschleichen, die industrielle Produktion, der dieser Teil der Welt ihren Reichtum und damit ihre Vorherrschaft verdankt, würde nicht mehr gebraucht und stattdessen vertrieben werden, ungedankt und nunmehr unerwünscht. Ob man sich nun über sauberer gewordene Arbeit freut, das Schicksal unterbezahlter DienstleisterInnen beklagt oder einfach indifferent ist, auch in Zukunft wird man so oder so die Arbeit zu nehmen haben, die man finden kann. Wer freilich Kapital investiert hat und/oder ein Unternehmen leitet, hat auch etwas zu sagen und ist manchmal gar ein wenig beleidigt, daß der eigene Beitrag nicht entsprechend gewürdigt wird und die gesellschaftliche Stellung, die Akzeptanz der Technik zu niedrig sei. In den Medien, wo gegen jede neue technische Entwicklung aufgebeht würde und in der Schule, wo die LehrerInnen lieber über die Industrie schimpfen würden. "Die Kinder sollten lernen, nicht nur den Frosch, sondern auch die Technik zu lieben" meinte Minister Farnleitner am Tag davor in einem Symposium, "Weniger Liebe zum Frosch und mehr zur Technik!" wird nun hier gefordert. "Wir können nicht überall Missionare sein, in Bezug auf Umweltpolitik, Sozialbereich etc., da muß man aufpassen!" Die Standards müßten gesenkt werden, doch in der Öffentlichkeit fände man damit keine Unterstützung, das sei ein echtes Problem.

Österreichs Standortvorteil

Tatsache ist natürlich, daß sich Österreich im internationalen Wettbewerb behaupten muß, da wartet schließlich auch die Globalisierungsfalle, in die keiner hinein will oder in der wir alle ohnehin schon längst sitzen oder wie es Herbert Demel, Präsident von

Volkswagen do Brasil, ausdrückt unter Hinweis auf die VW-Werke in Polen und Ungarn: "Ihr habt das Problem vor der Haustür!" und folgerichtig empfiehlt er uns EuropäerInnen als Lösung "möglichst wenig Homogenisierung innerhalb Europas, sondern einen gesunden Wettbewerb zwischen den Staaten, Steuerpolitik, Sozialgesetzgebung usw. betreffend." Auf diese Weise könnte der Standort Österreich InvestorInnen entscheidende Vorteile bieten, alles wie gehabt also. Doch Demel weiß auch von einer ganz anderen Stärke Österreichs zu berichten, sollte man ausziehen, um im Ausland arbeiten oder investieren zu wollen. Während Landsleute größerer Nationen dazu tendieren würden, den GastgeberInnen ihre Kultur und Mentalität aufzwingen zu wollen, sei die Anpassungsfähigkeit der ÖsterreicherInnen viel größer, sie nähmen sich und ihre Kultur nicht so ernst und hätten es damit leichter, akzeptiert zu werden, eine strategisch-kulturelle Chance.

Vorbild: Singapur

Doch die anwesenden Herren wollen zunächst gar nicht fort, sondern weiterhin in der Heimat erfolgreich als High Tech-Unternehmer tätig sein. Gar mancher schwärmt von Singapur als idealem Vorbild. Bei uns sei man viel zu schnell zufrieden, dort möchte man immer zu den Weltbesten gehören, koste es, was es wolle. Arbeitsethos und kapitalistischer Geist, getragen von allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten. In Singapur sei es der Regierung sogar gelungen, durch gezielte Kampagnen Lohnsenkungen akzeptabel zu machen. Hochmotiviert sitzt man in einem Klassenzimmer der örtlichen Hauptschule und als es Zeit wird für die Mittagspause, ist man so begeistert bei der Sache, daß diese prompt verkürzt wird und man gleichzeitig bedauert, daß von Presse und Fernsehen niemand live miterleben kann, wie eifrig auf höchster Ebene gearbeitet wird. Als Ergebnis wird ein ganzheitlicher Kollektivvertrag abgelehnt, stattdessen wünscht man sich eine leistungsorientierte Bezahlung unter Garantie einer sozialen Grundsicherung. "Wenn alle Unternehmer ihre Hausaufgaben gemacht haben, Ausschußquoten usw. unter Kontrolle gebracht haben, bleiben nur noch die Personalkosten. Hier muß sich etwas ändern, um die Bedrohung aus dem Osten und auch aus dem Westen abzuwehren. Ich muß mich, wenn die Konjunktur sinkt, von Arbeitern sofort wieder trennen können."

Philips produziert u.a. in der Ukraine und in Österreich, gleich viele ArbeiterInnen sind hier heute in der Lage, fünfzehnmal so viele Lautsprecher herzustellen als noch vor zehn Jahren. Durch Automatisierung bleibt die Produktion rentabel, Production Know How ist das Um und Auf. Doch in Brasilien, erzählt Herbert Demel, sei das nicht so wichtig, dort herrschen andere Bedingungen. 80% der BrasilianerInnen nehmen am Konsum gar nicht teil, Volkswagen kann nur an die reichsten 10% verkaufen, und da ist es wichtig, sich ständig an den Markt anzupassen, während die ganze Region von einer Wirtschaftskrise in die nächste schlittert. VW stellt in Südamerika eigene Modelle her, ist in Brasilien Marktführer und baut einerseits in riesigen Fabriken, zum Teil "typische kolonialistische Bauwerke der 50er Jahre, für 40.000 Arbeiter konzipiert. In unserem ältesten Werk ist es uns gelungen, die Mitarbeiter von 33.000 auf 25.000 zu drücken und gehen nun auf die 20.000 zu.", und unterhält auch eine Anlage, in der sieben Zulieferer angesiedelt sind, von 1.600 ArbeiterInnen haben nur 250 einen Vertrag mit VW. "Welche Methode besser ist, kann ich Ihnen nicht sagen." so Herbert Demel. Die Auslastung liegt allgemein bei 43%, in den Werken in Argentinien sogar bei nur 33%, doch bei VW freut man sich auf "die richtigen Probleme Fiats, die schon jetzt ausschliesslich rote Zahlen schreiben und wie alle in Südamerika vertretenen Autokonzerne viel zu viel investiert haben werden. Das geschieht momentan vor allem, um den jeweils anderen angst zu machen, man wird sehen, wer bleiben wird."

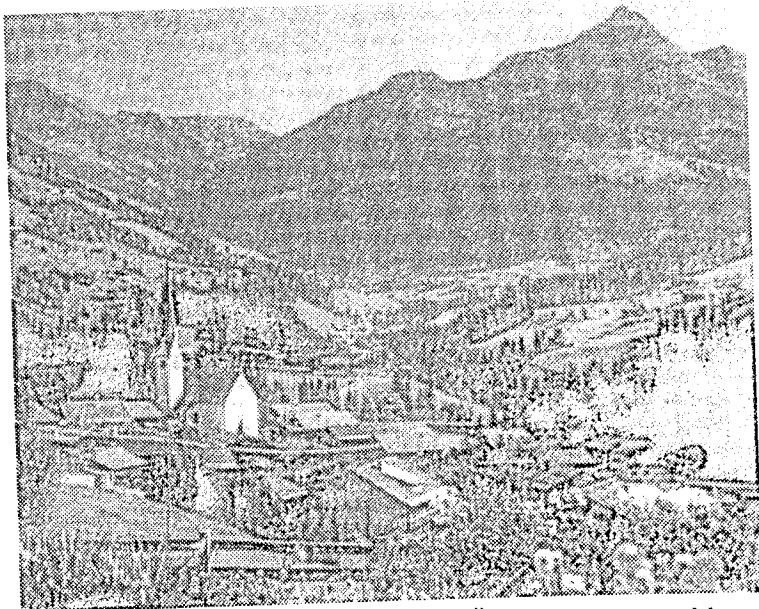
Südamerikanische Crash-Test Dummies

Noch nicht heute, aber in einem Jahr baue ich den VW Golf in Brasilien billiger als in Wolfsburg. Die Alte Welt sollte sich da etwas überlegen, ihre Wettbewerbsfähigkeit sinkt immer mehr. Unsere Zulieferer beginnen bereits, zu exportieren, davor würde ich mich fürchten!" Daß sich beim Verkauf von Automobilen in Südamerika durch inländische Produktion Standortvorteile ergeben, erscheint plausibel, doch neben der Ersparnis von Zöllen und Sicherheit bei Abwertungen erlaubt hier der brasilianische Liberalismus zusätzlich in lauen Zeiten "großzügige

Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechenden Lohnkürzungen", auch wenn es "wegen der Gewerkschaften nie ganz geht, auch Entlassungen sind so einfach auch wieder nicht". Daß man allerdings gleich eigene Modelle entwickelt ist schon weniger naheliegend, doch der europäische VW Golf sei in Brasilien unverkäuflich, sein südamerikanisches Pendant kostet netto dafür nur 3.200,- Euro. "Aber dieses Auto kann ich nur in Südamerika bauen. Das Leben ist dort, so grauslich das klingt, weniger wert. Hier muß ein Auto, bevor es verkauft werden darf, hunderte Crashtests überstehen und noch mehr. Das kann man in Brasilien nicht verkaufen, in dieser zweieinhalbten Welt gibt es bis heute keinerlei Kfz-Inspektion, da darf alles fahren."

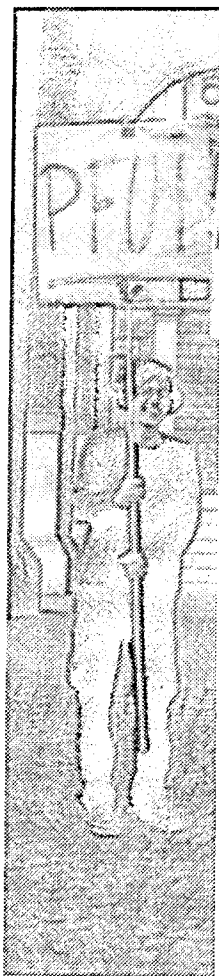
Die üblichen Forderungen: Deregulierung&Co

Das Ergebnis des Arbeitskreises fiel schließlich etwas mager aus, zusammenfassend wünscht sich die Industrie von der Politik und damit von uns WählerInnen Deregulierungen bei Arbeitszeit und Entlohnung, Änderungen der Abschreibungsdauern, weniger Umweltpolitik, Förderung von virtuellen Unternehmen und ein verbessertes Image der Industrie in den Medien. Nicht sehr spektakulär, doch zum Abschluß bekam man endlich die Forderung zu hören, auf die man eigentlich die ganze Zeit gewartet hatte,



Alpbach - zum schönsten Dorf Österreichs gewählt

bezeichnenderweise von einem der jüngsten Anwesenden: "Wir haben viel zu wenig Elitedanken in Österreich. Der von Herbert Demel beschriebene Fleiß der Brasilianer und deren hohe Arbeitsmotivation ist aber vielleicht weniger auf ihren Stolz zurückzuführen, es ist eine Frage des Überlebens. Dort gibt es keine soziale Sicherheit, wer Kinder hat und seine Arbeit verliert sitzt auf der Straße, das motiviert! Wir haben zu viel Gleichmacherei in Österreich, in Brasilien wird man durch die Angst vor Armut motiviert." Die Zeiten werden härter, doch von solchen Perspektiven ist man in Alpbach an diesem schönen Sommertag wenig begeistert. Bruno Krainz, Vorstandssprecher der Steyr Nutzfahrzeuge AG und der ÖAF Gräf und Stift AG, spricht unter Zustimmung der meisten Anwesenden empört von "reaktionären Forderungen" - Kapitalismus mit menschlichem Antlitz also, bis auf weiteres.



Das letzte Foto:
Unserem liebsten
"Pfui" widerfuhr
ein tragisches
Ende!

Das Ende von "Pfui!"

"Pfui!" so lautet(e) die ultimative Botschaft. "Pfui!" Waldheim, 1986. "Pfui"-Ausländervolksbegehren. "Pfui" MAI. "Pfui" Wahlkampf 1999. Dies ist nur eine kleine Auswahl an öffentlichen Auftritten, die unser Protestschild in Begleitung von RBK AktivistInnen kommentiert hat. In diesem Wahlkampf hat unser Schild ein tragisches Ende gefunden. Zerstört von gewalttätigen Pensionisten, die sich angesichts der Wahlauftritte eines JH anscheinend an die "gute alte Zeit" der HJ erinnert haben. Dennoch, der Widerstand geht weiter! Anfang November findet eine große Anti Rassismus Kundgebung statt. Ausgänge beachten und Hin kommen: Gar nicht Pfui!

Instituts- ranking

In einer 99er` Ausgabe der EER (European Economic Review; Nummer und Seite verraten wir nicht!) erschien wieder einmal ein allseits beliebtes Institutsranking. Und wieder geschah etwas, was VWL StudentInnen wohl für unmöglich halten: Unser Institut (das WiWi) schnitt in der quantitativen Analyse des wissenschaftlichen Outputs hervorragend ab! Ob dieser "tollen Leistung" beeindruckt verfallen wir in Andacht!

vwl.da.ru

Auf der neugestalteten homepage der StRV findest du nützliche Informationen rund ums Studium, und für die Zukunft ist noch viel mehr geplant: u.a. Job-Ange-

bote für VWL-StudentInnen und eine mailingliste für aktuelle Informationen. Den RBK gibt's natürlich auch online: www.lili.at/rbk

Nobelpreis

Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften wurde heuer an den Kanadier Robert Mundell für seine Analyse der Geld- und Fiskalpolitik in verschiedenen Wechselkurssystemen und für seine Analyse optimaler Währungsgebiete verliehen. Seine schon einige Jahrzehnte zurückliegenden Arbeiten zu den Problemen monetärer Dynamik und optimaler Währungsgebiete dienten vielen WissenschaftlerInnen als Grundlage für ihre Arbeit.

Café Votiv Park

Günstige Mittagsmenüs
Hausgemachte Mehlspeisen
Zipfer Urtyp
G'spritzter
und gemütlicher Schanigarten

Kolingasse 5
1090 Wien
Tel.: 31712 46

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag: 9.00 - 24.00
Sa., Sonn- und Feiertags geschlossen

Café Votiv Park

bezahlte Anzeige

STOP DER INFORMATIONEN ASYMMETRIE #1

Ein Info-Flyer der Studienrichtungsververtretung VWL; Oktober 1999

Der Inhalt:

- Seite 1 Zur Verschulung des Studiums
Seite 2 Vom Ende der Mikroökonomie

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger: Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Wien, Spitalgasse 2, 1090 Wien.
Inhaltliche Verantwortung: Studienrichtungsververtretung Volkswirtschaft.
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
Druck: WUV - Kopie; Layout: C. Traxler

Über die Verschulung des Studiums

Es ist schön, ordentlich studieren zu dürfen!

Wir alle haben das Recht auf ein ordentliches Studium, sicherte uns Kollege Rosner bei einer Besprechung zu.

Ordentlich studieren heißt seiner Meinung nach wohl, in acht Semestern und möglichst ohne nach links und rechts zu schauen, abzuschließen.

Ordentlich studieren - dieses Recht haben alle, die es sich leisten können, denn auf Berufstätige nimmt der neue Studienplan leider keine Rücksicht. Weder auf die, die nebenbei arbeiten müssen, um sich ihr Studium zu finanzieren, noch auf die, die Vollzeit beschäftigt sind.

Ordentlich studieren darf der/ die Studierende, der/die sich anpassen kann, der/die Zeit findet, auch in, für ihn uninteressante, Vorlesungen zu gehen, weil plötzlich auch in diesen, früher auf freiwilliger Basis zu besuchenden Lehrveranstaltungen, Mitarbeit und Anwesenheit verlangt werden wird.

Es lebe die Unmündigkeit!

Der/Die unmündige Studierende ist also gefragt. Man hat sich anscheinend vom allgemeinbildenden Auftrag der Universität, der auch die Persönlichkeitsbildung beinhaltet, verabschiedet.

Uni soll Berufsausbildung sein. Keine weitere Zeit soll damit vergeudet werden an sich selbst zu arbeiten, sich selbst zu entdecken, nach dem man/frau quasi sein/ihr ganzes bisheriges Leben in der Zwangsanstalt Schule verbracht hat.

Dabei kommt den Verantwortlichen anscheinend nicht in den Sinn, daß Studierende, die vielleicht etwas länger als die ach so erstrebenswerten acht Semester brauchen, die Zeit sinnvoll zu nutzen imstande sind, auch ohne daß die Notwendigkeit besteht, ihnen bis ins Detail vorzuschreiben, was sie zu tun haben. Es soll sogar Arbeitgeber geben, die Bewerber, die wissen was sie wollen, die

selbständig zu denken und handeln gelernt haben, den Vorzug geben, gegenüber jenen, die ihr Studium in Mindestzeit abschließen konnten, allerdings nie Zeit hatten, beziehungsweise nie dazu ermuntert wurden, über den Tellerrand des eigenen Studiums zu blicken.

Zu unserem Glück...

Es wird davon ausgegangen, Studierende zu ihrem Glück, in diesem Fall also zu einem schnell absolvierten Studium, zwingen zu müssen. Gut, daß Rosner und Co soviel besser wissen, was für uns Studierende Glück bedeutet. Denn wir selbst wären ja anscheinend, höchstwahrscheinlich wägst mangelnder Lebenserfahrung und deshalb unwissend, was für uns das Beste ist, nicht in der Lage eben dieses zu erlangen.

Darunter fällt auch, daß die LehrveranstaltungsleiterInnen als Beitrag zu unserem Glück die Art der Leistungsfeststellung, den Prüfungsmodus, frei festsetzen können. Herkömmliche Vorlesungen können also plötzlich zu Vorlesungen mit Anwesenheits- und Mitarbeitspflicht, sowie dem angeblich motivationssteigernden Mid-Term-Test werden. Am zuträglichsten für unser Glück ist aber wohl die schöne Konstruktion des Integrierten Universitätskurses (IUK). Hier werden Vorlesung und Übung zu einem Kurs zusammengefaßt. Das heißt, man muß in beiden Teilen eine ausreichende Leistung erbringen, um eine positive Note zu erhalten. Dies wiederum bedeutet, daß es unmöglich sein wird, in diesen Fällen die Vorlesung, beziehungsweise die Übung alleine zu absolvieren. Das heißt auch, und das ist nun unser großes Glück, daß der/die von Natur aus faule und leistungsunwillige Studierende endlich von Anfang an, und das ganze Semester hindurch, in Vorlesung und Übung anwesend sein muß und zur Mitarbeit angehalten wird.

Soll man/frau lieber ins Cafe oder in die Vorlesung gehen? Vorbei mit der Entscheidungsfreiheit, die ganze Heerscharen von Studierenden in den Abgrund gezogen hat. Endlich hat uns jemand die Entscheidung abgenommen, endlich wieder (beziehungsweise noch immer) keine Verantwortung für das eigene Leben übernehmen. Gott sei Dank hat man erkannt, was für uns Studierende wirkliches Glück bedeutet.

Da dachte man, endlich der Schule entflohen zu sein... aber halt! Beginnend mit diesem Semester wird das Studium der VWL zu einer weiterführenden Schule.

Erstsemestriges werden sich freuen. Ohne jemals zu wissen was ihnen entgeht, bekommen sie einen Stundenplan in die Hand gedrückt, besuchen Lehrveranstaltungen, die denen der Schule vor 30 Jahren frappant ähneln und abgesehen von der Rückkehr in längst vergangen geglaubte Zeiten, geht es munter weiter wie bisher in ihrem Leben. Lehrveranstaltungsleiter werden sich freuen. Insbesondere jene, die bis dahin kaum besuchte Vorlesungen

abgehalten haben, werden wieder in den Genuß voller Hörsäle kommen. Diese Veränderung wird allerdings nicht auf plötzliche Verbesserung des Vortrags, sondern auf die Anwesenheitspflicht zurückzuführen sein. Schön, wenn man die Regeln des freien Marktes außer Kraft setzen kann

Daß Freiheit nötig ist, um selbständig zu werden und die eigene Persönlichkeit weiterzuentwickeln, ist an unserem Institut ein gut behütetes Geheimnis. Die Verschulung des Studienalltags, die mit dem neuen Studienplan einhergeht, führt dazu, daß den Studierenden eine klare Abfolge der Prüfungen und Lehrveranstaltungen vorgegeben wird.

Die dadurch sehr eingeschränkte Möglichkeit, Fehler zu machen und daraus zu lernen, habe ich immer als sehr wichtigen Teil der Persönlichkeitsentwicklung gesehen, aber nachdem Kollege Rosner und der Rest des Instituts anscheinend sowieso nur unser Bestes wollen, bin ich beruhigt.

Vom Ende des Homo Macro Oeconomicus¹

*Ein Spielbericht aus der mikroökonomischen Fußballhochburg
Hohenstaufengasse²*

Professor Kugler ist schon lange weg - seine Professur ist seit mehr als vier Jahren unbesetzt. Professor Sorger ist seit diesem Semester weg - nun in London. Professor Winckler ist demnächst nicht mehr 100 prozentig da - sondern vorwiegend Rektor unserer Universität. Der Kollege Stix ist auch nicht mehr anwesend, ebenso wenig wie der Herr Dr. Scheicher - beide vertschüssten sich unlängst an die Nationalbank³. Wer ist also noch da, von den MakroökonomInnen? Nicht mehr viele. Und bei der Finanzwissenschaft? Ein vollzeit (Grün-)Politiker als einziger Professor!

Eine Umbenennung des "Instituts für Wirtschaftswissenschaften" in "Institut für Mikroökonomie mit einer (passablen) Zweigstelle für Industrieökonomie und ein paar anderen Menschen" kann durchwegs als gerechtfertigt betrachtet werden. Und tatsächlich: Mitte letzten Semesters strebten einige anwendungsorientierte Professoren eine Institutsteilung an - die dann "scheiter-

te" (Auf die näheren Umstände soll hier nicht eingegangen werden).

9 : 0 oder 5 : 0

Mikroökonomie vs. "die anderen"; fast Unentschieden geht dieses Match aus, wenn es um die Ressourcen am Institut geht - etwas grob gerundet: 50% für MikroökonomInnen, 50% für Nicht-MikroökonomInnen. Der Grund für diese (Fehl-)Verteilung: In der Kategorie Machtausübung/-verteilung landet das Mikroteam einen 9:0 Triumph, der fatal an den Sieg der Spanier gegen "unsere" Fußballnationalmannschaft beim EM-Qualifikations-spiel in Valencia erinnert⁴. Während das Mikro-Team zusammen(!)-spielt(!), wirkt die Mannschaft der "Anderen" intern schlecht abgestimmt oder gar zerstritten. So kann sich der Libero der "Anderen" (Stuko-Vorsitzende) in manchen Situationen

nicht entsinnen, für welche Elf er nun spielt. Weiters sorgt das permanente Pressing der Mikromannschaft für ein, sagen wir einmal, "unangenehmes Klima" bei den jungen unerfahrenen SpielerInnen (AssistentInnen) der "Anderen", die dann das Spielfeld (Institut) bereits vor dem Ende der 90sten Minute Richtung Kabine (OeNB,...) verlassen. Daraufhin folgt jedoch ein weiteres Problem: Verlassen, ob des schlechten Arbeitsklimas am grünen Rasen, Spieler das Match, so muß der Trainer reagieren. Was tun, wenn aber ausgerechnet der Trainer (Institutsvorstand) ein fanatischer Anhänger des Mikroteams ist? Ein Trainer, der die Verwegenheit besitzt, die vom Spielfeld gegangenen Spieler nicht durch neue zu ersetzen, sondern mit dem Eintausch potentieller ErsatzspielerInnen (neue Assis) abzuwarten, oder - noch schlimmer - für einen Kicker der "Anderen" einen Mikrospieler einzuwechseln. Über die Fair-Play Wertung soll der Mantel des Schweigens gehüllt werden.

Von ehemaligen Trainern...

Bevor die Metapher zu kryptisch wird: Hier sei die Ausgewogenheit der Institutspolitik der letzten 10, 15 Jahre - nicht einmal so sehr jene, vom aktuellen Trainer, äh, Instituts- vorstand (=Dierker) - in Frage gestellt.

Oder verstehen wir da etwas falsch? Welch Professor hat sich damals dafür stark gemacht, daß Prof. Nermuth UND NICHT Prof. H.W. Sinn (heute wohl einer der renommiertesten Public Finance Ökonomen) an unser Institut kommt? Wie aktiv hat sich Nermuth in den letzten Jahren für eine (nicht nur Personal-) Strukturverbesserung zugunsten der Finanz/ Makro/Politik eingesetzt? Sicher, von Seiten des Schiedsrichters (Ministerium) gab's einige krasse Fehlentscheidungen: Die Kugler Nachfolge wurde (obwohl nicht einmal gleiche Höhe) ins Abseits gestellt! Andererseits: für so manche AssistentInnen Bestellung (bzw. Nicht-Bestellung) hätte sich Nermuth zumindest eine gelbe Karte verdient.

Kann sein, daß wir alles falsch-, miß-, oder gar nicht verstehen; wir sind ja nur dumme ZuseherInnen die laut "Buh" ins Spielfeld rufen! Faktum ist jedoch: die Makroökonomie und die Finanzwissenschaft an diesem Institut ist so gut wie nicht vorhanden¹. 9:0 eben!

... zu neuen Spielern!

Es hat kaum Sinn, Fehlentscheidungen der Vergangenheit aufzuwärmen (wir haben's zwar gerade gemacht, aber sehr entschärft...). Es gilt - wie bei Otto maximale Baric - in die Zukunft zu Blicken und mit neuen Spielern EIN neues Team aufzubauen.



Johann Krankel (der 5000 schlank nie war!) - einst ein guter Spieler, nun ein mäßiger Trainer!

Seit diesem Semester ist Professor Kunst, vormals an der Uni Linz bzw. am IHS, Gastprofessor bei uns. Er wird in den nächsten Jahren die Standard-Makro Lehrveranstaltungen abdecken und sich (hoffentlich) auch seinem Spezialgebiet, der Ökonometrie, lehrmäßig zuwenden. Dies wird einerseits das Ökonometriemonopol von Prof. Pötscher (der über diese Marktstruktur ohnehin nicht so glücklich ist) aufheben, andererseits auch zum Füllen der "empirischen Wirtschaftsforschungs-Lücke" führen: Kunst ist - im Gegensatz zu Pötscher - ein Wissenschaftler, der was von Ökonomie UND Ökonometrie versteht (behaupten wir einmal!).

Weiters hat in der Never Ending Story um die Nachfolge von Prof. Kugler (die seit mehr als vier Jahren im Raum steht) Professor Dellas seinem Kapitel ein Ende gesetzt - er kommt nicht nach Wien. Dafür dürfte nun noch bald (?) Prof. Kunst (von seiner aktuellen Position als Gast-Prof.) auf die Stelle von Kugler rücken. Womit ein Argument des Instituts nicht mehr zeitgemäß ist, das wir - obwohl durchaus logisch und legitim - nie völlig verstanden haben, nie akzeptieren wollten: Als die Verhandlungen mit Prof. Dellas aufgenommen wurden, galt "Ab-

warten bei der Neubesetzung von offenen Makro-AssistentInnenposten - Dellas soll sich seine Assis selber aussuchen". Dellas ist kein Thema mehr, weshalb wir fordern:

Rasches Nachbesetzen der offenen Makroökonomie Posten!

Als nächstes steht die "Nachbesetzung" für die Winckler Professur an. (Winckler wird Rektor, und während seiner Amtszeit darf das Institut eineN "ÜbergangersatzprofessorIn" bestellen.) Da sich die Einsetzung der Berufungskommission verzögert, fordern wir:

Ein baldiges informelles Treffen der Mitglieder dieser Berufungskommission...

...um möglichst rasch zu einem Winckler-Ersatz zu gelangen. Dazu wäre im Übrigen auch eine Kooperation aller Personen/Kurien wünschenswert.

Rettet Streißlers Pension!

Wschon etwas fortgeschrittenen Alters emeritiert (=in Pension geschickt⁶), weshalb es ebenfalls eineN NachfolgerIn zu bestimmen gilt. Einerseits ist auch hier ein rasches Handeln von Nöten. Andererseits jedoch, gilt es einen inhaltlichen Diskurs zu führen, ob an die Stelle Streißlers nicht einE finanzwissenschaftlich / politik-anwendungsorientiertEr ÖkonomIn treten sollte. Das es einen Finanzwissenschaftler-Innen Mangel am Institut gibt, der durch den Wahlerfolg von Van der Bellen⁷ prolongiert wurde, ist wohl allen klar... Oder? Dabei gilt es eine weitere (auch gesetzlich verankerte) Forderung anzubringen:

Bei gleichwertigen Bewerbungen gilt es, jene von Frauen zu bevorzugen!

Sprich: Wir fordern die erste (!) Professorin an der SoWi an den (renomierten⁸) Lehrstuhl von Streißler zu rufen. Möge der Männerverein von SoWi-Professoren im nächsten Jahrhundert seine Ende finden!

Fazit

Ja, wir fordern in diesem Artikel ein - wie es uns so manch Professor rät - was wir für höchst notwendig erachten. Dabei stimmen unseren Forderungen einige SpielerInnen zu - aktive Routinies ebenso wie junge Wechselspieler - auch wenn sie es gegenüber der alten Trainerriege nicht so klar artikulieren wie wir.

Es bleibt zu hoffen, vom Sektor der Zuseher, der kritischen Fans sozusagen, bei den Trainern und den SpielerInnen gehört zu werden. Wir hoffen aber auch, daß das Match "hüben gegen drüben" bald abgepfiffen wird⁹ und die Mannschaftsvertreter, die Trainer gemeinsam mit den Zusehern, konstruktiv über die Zukunft des Vereins beraten. Als Vereinspolitik kann jedoch nur gelten: Mischungen werden bevorzugt...

P.S.: In der Schildburg liegt eine Liste auf, in der StudentInnen, AssistentInnen (auch ehemalige) und Professoren obige Forderungen mit ihrer Unterschrift unterstützen können.

FUSSNOTEN:

1. Falls Du, geschätzteR LeserIn, nichts mit Fußball anfangen kannst, sei bereits an dieser Stelle um Vergebung gebeten.
2. ...ebenfalls Entschuldigung für die vielen Fußnoten!
3. Würden hier alle Institutsmitglieder, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten an die OeNB wechselten aufgezählt werden, so wäre die Seite wohl schon gefüllt.
4. Obwohl - zugegebenermaßen - die Relation bei der Instituts-Machtverteilung wohl eher einen Vergleich mit dem weniger (aber auch) desaströsen 0:5 gegen Israel zulässig erscheinen läßt.
5. Jene wenigen Menschen, die im Bereich Makro/Finanz forschen und lehren, bitten wir das nicht falsch aufzufassen - wir schätzen Ihre Arbeit durchaus!
6. Wir hoffen für Erich Streißler, bzw. für dessen Pension, daß seine jüngsten Meinungsäußerungen bezüglich Aufrechterhaltbarkeit des Pensionssystems - die einem gewissen Hr. Jörg H. aus Kärnten nicht zum schlechtesten Zeitpunkt in den Schoß fielen/gelegt wurden - nicht wahr werden.
7. Gratulation, Herr Van der Bellen... zum Wahlerfolg... nicht jedoch zu zwei anderen Sachen: Erstens: "Hysterie" Aufgrund von 1,3 Millionen Haider-WählerInnen zu verleugnen/verbieten, erscheint jenseits. Ebenso wie Zweitens: Die Finanzeinführung via Multiple-Choice Tests abzuprüfen. PFUI! Nächstes mal wählen wir doch die KPÖ!!!
8. Angeblich der älteste Ökonomielehrstuhl im deutschsprachigen Raum.
9. Obwohl wir - oder zumindest ich - schon sehr gerne Fußballspiele anschauen. Besonders ein Spiel "hüben gegen drüben" wäre (weil ein Derby und weil Derbys immer eigene Gesetze haben) wohl besonders interessant...

Übergangsbestimmungen?

Im nächsten Monat sollte eine Broschüre zu den Übergangsbestimmungen (Neuer / Alter Studienplan) erscheinen. Bis dahin verweisen wir auf unsere Homepage <<http://vwl.da.ru>> bzw. auf persönliche Beratung (Schildburg; weniger persönlich via email: <vwl@lilli.at>). Auf der Homepage gibt es ein Word-File zum runterladen...

[Vorankündigung]

[[MITTE DEZEMBER]]

DIE GRÖSSTE VOLKWIRTLINNEN PARTY [EVER] !

AG - Anarchie und Chaos auf der Uni-Wien

Auch wenn es viele gar nicht wissen: Seit ersten Juli gibt es eine neue Exekutive an der ÖH-Uni-Wien. Das Bündnis aus verschiedenen linken Gruppierungen wurde nach der ÖH-Wahl von "einer Koalition der Aktionsgemeinschaft mit der unabhängigen Mandatarin Brenda Annerl" (so die offizielle Sprechweise) abgelöst. Wie das geht? Ganz einfach: Nach den Wahlen fehlte der AG mit deutlich unter 50% der Stimmen genau ein Mandat auf die absolute Mehrheit in der Universitätsvertretung, worauf eine LSF-Mandatarin sich der AG anschloss und dafür mit dem Posten der stellvertretenden ÖH-Vorsitzenden belohnt wurde. (Ob es ein Konkurrenzangebot vom Lugner gegeben hat ist uns nicht bekannt.) Das Programm der neuen Exekutive läßt sich kurz zusammenfassen: "Service". Und was ist daraus geworden?

Wir kämpfen gegen Studienhürden

Bis jetzt war das inskribieren an der Uni-Wien eine Qual: Stundenlanges Anstehen am Inskriptionsschalter um dann binnen einer Minute unfreundlich "bedient" zu werden. Dank AG ist das inskribieren zwar immer noch eine Qual, aber um vieles variantenreicher: Zuerst holt man sich eine Zeitkarte für einen Termin, um sich dann zwei wochen später erst recht wieder anzustellen. Oder man holt sich eine Zeitkarte, tauscht sie auf einen Termin am gleichen Tag um und stellt sich sofort an. Oder mensch holt sich gleich mehrere Zeitkarten und geht Biertrinken, schließlich findet sich, Werbung macht's möglich, auf jeder Zeitkarte ein Biergutschein. (Das ist wahrscheinlich die beste Variante, außer vielleicht für Anti-AlkoholikerInnen.) Fürs Semesterticket muß man schließlich nur noch nach Erdberg fahren, und sich dort wieder lang, lang anstellen. In Erdberg gibt's allerdings kein Bier. Die AG erträumt einstweilen immer noch ihr Zwangs- Semesterticket-Modell, als sich für die Wiedereinführung der Freifahrt stark zu machen. Wenn es um die Verteilung der FLAF Gelder geht ist die AG sehr still anstatt diese Gelder wieder für die Studierenden zu beanspruchen.

In deinem Interesse...

Die AG hat angekündigt sich abseits von jeglicher Ideologie um das Wohl der Studenten zu kümmern. Und das tut sie auch: Die Administration des ÖH-Kindergartens übernimmt das Frauenreferat, schließlich

kann man doch objektiv und ideologiefrei sagen, dass Kinderbetreuung Frauensache ist. Und nach dem die "neue" ÖH UniWien größten Wert darauf legt sich Hochschülerschaft statt HochschülerInnenschaft zu nennen, und sich auch offensichtlich nur als Studentenvertretung sieht kann Mann nur sagen: In deinem Interesse: Frauen zurück an den Herd.

Für dich erreicht

Was ist sonst noch neu an der Uni: Die Zeitung **UNIQUE** wurde abgelöst vom kleinformatigen UNI-aktuell, wobei die Bezeichnung Kleinformat das bunte Blatt schon ziemlich gut charakterisiert. Falls du aber schon immer alles über Canyoning und andere Fun-sport-Arten wissen wolltest, dich aber nie getraut hast, deine AG zu fragen bist du mit UNI-aktuell sicher gut bedient. Außerdem für dich erreicht: Das Online-Angebot der ÖH Uni-Wien besteht derzeit aus einem Hinweis dass fleissig gearbeitet wird, man merkt nur seit Juli nichts davon, es findet sich nicht einmal eine e-mail adresse. Im Juli/August war auch die Job/Wohn-Börse komplett off-line, aber in den Ferien will wahrscheinlich eh niemand arbeiten, oder? Auf der homepage der Fakultätsvertretung SoWi finden sich ein paar Termine aus dem letzten Jahr und nicht mehr funktionierende Links.

Ja liebe AG. wenn mensch sich schon darauf beschränkt, die ÖH zum reinen Servicebetrieb zu verstümmeln, sollte mensch wenigstens das halbwegs gut machen, wir machen es euch seit 25 Jahren vor wie kompetente Studierendenvertretung innerhalb der ÖH funktioniert.

P.S. Wofür steht eigentlich das Aktion in Aktionsgemeinschaft? Dass es nicht im Sinne von aktiv oder gar aktionistisch gedacht ist, ist uns seit längerem klar. Können ja eigentlich nur mehr die tollen Zeitschriften und Handy-Aktionen gemeint sein, mit denen uns die ÖH per Postwurf beglückt. Oder gibt's die ÖH in Zukunft zum Sonderpreis, wegen schwerer inhaltlicher Mängel? Die nächsten Wahlen werden das hoffentlich verhindern...

“Ich bin ein Lügner !”

oder

“Zu jeder ω -widerspruchsfreien rekursiven Klasse κ von Formeln gibt es rekursive Klassenzeichen r , so daß weder $v\text{Gen } r$ noch $\text{neg}(v\text{Gen } r)$ zu $\text{Flg } (\kappa)$ gehört (wobei v die freie Variable aus r ist).”

Glaubt ihr mir diese beiden Sätze, die übrigens, abgesehen von unterschiedlichen Stufen der Formalisierung, ident sind ? Ihr solltet es tun, wenn ihr dem Vertrauen schenken wollt, was Thema und Inhalt des folgenden Artikels ist.

Obiger Ausruf ist eine Abwandlung des berühmten Epimenides-Paradoxon . Dieses lautet: "Alle Kreter sind Lügner !" und schafft es auch noch heute spielend, altgedienten Griechisch- und PhilosophielehrerInnen Tränen der Glückseligkeit zu entlocken, wenn mensch sich seiner bedient. Das "Paradoxe" des Satzes besteht übrigens darin, dass Epimenides selbst Kreter war. Oder noch deutlicher gesagt: " Kann dieser Satz von ihm gesprochen, wahr sein ?". Und wenn er es ist, müßte er dann nicht falsch sein...

Gödel, Kurt

Das unhandliche, kaum lesbare Konvolut darunter ist hingegen österreichischen Ursprungs. Es handelt sich dabei um den berühmten Unvollständigkeitssatz des Mathematiker Kurt Gödels (1906 - 1978), dessen Formulierung im Jahre 1931 nicht nur das Ende für ein gigantisches Forschungsprojekt, des Hilbert-Programmes darstellte, sondern auch das Selbstbewußtsein der mathematischen Zunft nachhaltig und bis zum heutigen Tag erschütterte.

Nun mögen bereits die ersten Unmutsäußerungen der werten, studentischen LeserInnenschaft zu vernehmen sein, die sich wahrscheinlich fragen, warum sie nicht einmal im RBK vor diesem mathematischen Sch... sicher sind.

Grund ist, so bizarr es auch erscheinen mag, der seit Beginn dieses Semesters Realität gewordene neue Studienplan, genauer das, zumindest in meinen Augen im Laufe seines Entstehens zu Tage getretene blinde und grenzenlose Vertrauen von Teilen des Lehrkörpers in die Mathematik, genauer in die mathematische Beweisführung, als einzig probates Mittel zur Erlangung neuer Erkenntnisse in den Wirtschaftswissenschaften. Solches negieren anderer Lehrmeinungen als der eigenen trägt meines Erachtens nach fundamentalistische Züge und Fundamentalismus stellt wohl stets ein Klima dar, in dem Wissenschaft nicht gut gedeihen kann. Nun möchte ich hier aber auch

nicht den x-ten Artikel zum Thema: "Wie geeignet sind mathematische Modelle zur Beschreibung wirtschaftlicher Vorgänge ?" verfassen. Da das Studium der Wirtschaftswissenschaften ohne sie nicht mehr vorstellbar ist, würde dies auch ein ziemlich überflüssiger Artikel sein. Ich möchte vielmehr anhand einer Geschichte, die sich in den ersten drei Jahrzehnten unseres Jahrhundert abspielte, und in der Gödels Satz eine entscheidende Rolle spielte, zeigen, dass das Vertrauen auf eine scheinbar perfekte Methode zur Wahrheitsfindung trügerisch sein kann.

Back to the future

Nachdem nun also die Beweggründe dargelegt wurden, zurück zu Gödel und seiner Zeit.

Im 19 Jahrhundert entwickelte sich , vorangetrieben durch Arbeiten von Boole, De Morgan und Frege, das formal folgerichtige Denken als anerkanntes Mittel zur Wahrheitsfindung in der Mathematik. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts formulierte dann Georg Cantor die Mengenlehre, eine Theorie von verschiedenen Unendlichkeitsstufen. Obwohl praktikabel, erwies sie sich bald als durchdrungen von seltsamen Paradoxien. Diese Paradoxien waren zu vergleichen mit denen, die der Epidemides-Satz auf sprachlicher Ebene auslöst. Der ihnen innewohnende Haken war stets der selbe: "Selbstbezüglichkeit" oder "Seltsame-Schleifen-Bildung". Nehmen wir den Epimenides-Satz um diese Begriffe anschaulich zu machen. Der Sprecher trifft in ihr eine Aussage über sich selbst, insofern ist "Selbstbezüglichkeit" gegeben. Diese Aussage führt, so sie wahr ist, dazu, dass der Satz nur falsch (gelogen) sein kann, die Aussage also falsch ist, und umgekehrt. Hierin liegt die "Seltsame-Schleifen-Bildung". Ein anderes Beispiel wäre:

Der folgende Satz ist falsch.

Der vorhergehende Satz ist richtig.

Die Zunft war verstört und beschloß Gegenmaßnahmen. Naheliegend war der Versuch, eine Methode zu finden, mit der Selbstbezüglichkeit und Seltsame-Schleifen auszumerzen wären. Die Principia Mathematica von Russell und Whitehead, veröffentlicht von 1910 bis 1913, stellte ein solches

Mammutunternehmen dar, durch die die gesamte Mathematik widerspruchsfrei, also ohne Seltsame Schleifen, aus der Logik abgeleitet werden sollte. Nun war man sich nicht sicher, ob tatsächlich 1. die gesamte Mathematik in der von Russel und Whitehead umrissenen Methode enthalten war oder 2. die angegebenen Methoden auch nur in sich selbst widerspruchsfrei waren. David Hilbert, einen deutschen Mathematiker, quälte diese Frage so sehr, dass er die gesamte Zunft dazu aufforderte, zu beweisen, dass das in der Principia Mathematica definierte System sowohl widerspruchsfrei als auch vollständig (d.h., dass jeder wahre Satz der Zahlentheorie sich innerhalb des von P.M. abgesteckten Rahmens ableiten läßt) sei. Diese Aufforderung, kurz Hilbert-Programm genannt, beschäftigte in den ersten dreißig Jahren dieses Jahrhunderts viele der bedeutendsten Mathematiker der Welt.

1931

Dann kam das Jahr 1931 und mit ihm ein kleiner Aufsatz eines 25jährigen Wiener Mathematikers namens Kurt Gödel, welcher diesem eine Professur in Princeton ermöglichte und, was natürlich ungleich bedeutsamer war, das ehrgeizige Hilbert-Programm im



wahrsten Sinne des Wortes "vernichtete". Gödel zeigte nicht nur, dass es im axiomatischen System von Russel und Whitehead irreparable "Löcher" gab, sondern allgemeiner, dass überhaupt kein axiomatisches System, welcher Art auch immer, alle Wahrheiten der Zahlentheorie produzieren kann, außer wenn es in sich selbst widersprüchlich ist. Schließlich zeigt der Satz, wenn ein solcher Beweis unter ausschließlicher

Verwendung von innerhalb der P.M. verwendeten Methoden gefunden werden könnte, dann - und jetzt kommt purer Horror für alle gestandenen MathematikerInnen - wäre die P.M. selbst widerspruchsvoll.

Die Technik des Beweises zu beschreiben übersteigt leider meine bescheidenen Fähigkeiten. Ich kann nur die grundsätzliche Idee beschreiben: Gödel schaffte es, die Selbstbezüglichkeit, die in der Sprache so leicht zu formulieren ist (Ich bin schön; Ich bin ein Lügner, etc.), auch auf Aussagen der Zahlentheorie anzuwenden, indem er einen Code, der als "Gödel-Nummerierung" oder "Gödelisierung" bezeichnet wird, einführte. Aussagen sagten nun also nicht nur etwas über die Zahlentheorie, also die Eigenschaften von Zahlen aus, sondern auch etwas über sich selbst. Der nächste Schritt war dann, ein mathematisches Äquivalent zur Epimenides-Paradoxie zu formulieren und im zahlen-theoretischen System zu implementieren. Dieses Äquivalent lautete: "Für diese zahlentheoretische Aussage gibt es keinen Beweis". Damit hatte er gezeigt, dass Wahrheit einen stärkeren Begriff als Beweisbarkeit darstellt oder anders gesagt, nicht alles was wahr ist, kann bewiesen werden.

Der Bezug zur Ökonomie?

Allen jenen, die sich nun fragen, was diese Spinnereien über zahlentheoretische Aussagen mit unserem Studium zu tun haben, sei jetzt nur mehr gesagt, dass Gödels Unvollständigkeitssatz natürlich nicht nur auf die Zahlentheorie, sondern auf alle axiomatische Systeme anwendbar ist, und dass die neoklassische Mikroökonomie, die ich jetzt einmal unbescheiden als Fundament unseres Studium bezeichnen möchte, nichts anderes als ein auf Axiomen beruhendes System darstellt. Und jenen die gelegentlich auch über den Tellerrand des eigenen Studiums blicken, sei zum Abschluß noch gesagt, dass manch einer meint, dass auch die Natur ein axiomatisches System darstellt.

LITERATURHINWEISE:

Gödel, Kurt. "Über formal unentscheidbare Sätze der Principia Mathematica und verwandter Systeme, I." Monatshefte für Mathematik und Physik, 38 (1931), S.173-198. Für PuristInnen. War für mich gänzlich unverständlich.

Hofstadter, Douglas R.. "Gödel, Escher, Bach, ein endlos geflochtenes Band." dtv, 6.Aufl. (1991), . Wunderbares Buch, dass Gödels Satz eingebettet in einem größeren Kontext auch für Laien verständlich erklärt. Fast alles, was in meinem Artikel steht, stammt aus ihm.

Dawson, John W. Jr.. Kurt Gödel: Leben und Werk. Springer Verlag, Wien/New York (1999). Jüngst erschienene Gödelbiographie, die den unvollständigen Menschen zeigt, der hinter dem Unvollständigkeitssatz steht.

Geldpolitik im Nationalsozialismus

Die Zusammenfassung des letzten Semesterschwerpunktes

Im Rahmen des Themenschwerpunkts des RBK im letzten Sommersemester, der sich mit "Ökonomie und Nationalsozialismus" beschäftigte, haben wir auch die Geldpolitik im Dritten Reich unter die Lupe genommen. Herausgekommen ist dabei Folgendes:

Unter Historikern und Ökonomen herrschte lange Zeit Uneinigkeit darüber, ob die Wirtschaftspolitik der Nazis lediglich aus einer Mischung verschiedener Maßnahmen bestand, die teils nur schubladisierte Pläne der Vorregierungen waren, teils aus der Not der Stunde geboren wurden, oder ob sie einer langfristig organisierten Planung unterlag. Während frühere Untersuchungen eher zum ersten Ergebnis gelangten, zeigte vor allem Avraham Barkai in seinem nunmehrigen Standardwerk "das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus" auf, daß die einschneidenden und damals auch revolutionären Eingriffe der Nationalsozialisten in die Wirtschaft sehr wohl auf einem theoretischen Konzept beruhten.

Nach 1933

Sofort nach der Machtergreifung 1933 setzten die Nazis massive öffentliche Investitionen in Gang, um der katastrophalen Beschäftigungslage im von der Weltwirtschaftskrise schwer gezeichneten Deutschland Herr zu werden. Dies stellte einen radikalen Bruch mit der bisherigen Wirtschaftspolitik dar, die vor allem versucht hatte, die Währung zu stabilisieren und Inflation zu vermeiden und dazu einen relativ strikten Sparkurs verfolgt hatte. Zwar hatten auch schon die Vorregierungen unter Brüning und Schleicher Ausgabenprogramme geplant, die jedoch nicht verwirklicht werden konnten, da zu deren Finanzierung Auslandsanleihen dienen sollten, deren Unterbringung auf ausländischen Märkten nicht gelang. Die Nazis dagegen wählten unter dem Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht andere Wege der Finanzierung. Um den großen Zuwachs an Geldumlauf zu verschleiern, bediente sich das Deutsche Reich raffinierter Methoden. Im August 1933 wurde auf Schachts Initiative die Metallurgische Forschungsgesellschaft m.b.H. (MEFO) gegründet, das Stammkapital in Höhe von einer Million Reichsmark stellten vier Konzerne der Schwerindustrie (Krupp, Siemens, Rheinmetall, Gute Hoffnungshütte). Da es gesetzlich nicht erlaubt war, daß die Reichsbank Staatsanleihen kauft, bzw. vom reich ausgegebene

Wechsel finanziert, um eine hemmungslose Selbstfinanzierung durch die Notenpresse zu vermeiden, wählte man den Umweg über die MEFO. Diese akzeptierte bis Ende 1937 Wechsel in der Höhe von 12 Milliarden Reichsmark, die bei der Reichsbank diskontiert werden konnten, da das Reichsbankgesetz den Diskont kurzfristiger Wechsel erlaubte. Auf diese Weise gelang es, die bestehenden Gesetze zu umgehen und die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Die Wechsel konnten zwar eigentlich 3 Monate nach Ausstellung eingelöst werden, jedoch wurde die Fälligkeit immer wieder hinausgezögert, so daß tatsächlich erst 1939 erste MEFO-Wechsel fällig wurden.

Die Ersparnis der Haushalte und Unternehmen wurde einfach abgeschöpft und in Staatsanleihen investiert. Ohne Wissen der Sparer legten die Sparkassen den größten Teil ihrer Einlagen in Staatsanleihen an, die Aktiengesellschaften, gegen die die Nazis auch weltanschauliche Abneigungen hegten, versuchte man auf andere Weise zu schröpfen. Es wurde ein Ausschüttungsverbot für Dividenden über 6% verhängt, höhere Dividenden durften nur ausgezahlt werden, wenn die Unternehmen im gleichen Ausmaß Staatsanleihen kauften.

Deficit spending mit restriktiver Steuerpolitik

Um eine durch die Geldmengenausweitung drohende Inflation zu verhindern, setzten die Nazis auf auch mit ihrer Ideologie im Einklang stehende Lohn- und Preiskontrollen. Außerdem wurde die expansive Fiskalpolitik (deficit spending) durch eine restriktive Steuerpolitik konterkariert. Diese beiden auf den ersten Blick seltsam anmutenden Maßnahmen, die ja eigentlich beide in entgegengesetzte Richtungen wirken, waren insofern sinnvoll, als sämtliche vorhandenen Ressourcen in die Aufrüstung gesteckt werden sollten. Durch die hohen Steuern wurde vermieden, daß Ressourcen für privaten Konsum "vergeudet" würden. Kurz nach der Machtergreifung kam es zu einem Lohnstopp, was zur Folge hatte, daß die Reallöhne bis 1934 sanken. Erst danach kam es wieder zu einem langsamen Anstieg der Reallöhne. Bis 1936 waren trotz massiver Staatsausgaben durch Erweiterung der Geldmenge und rasantem Wachstum kaum Maßnahmen gegen die Inflation notwendig, da der Potentialoutput aufgrund der brachliegenden Produktionsfaktoren noch nicht erreicht war. Erst 1936 wurde es notwendig, die

Preise stark zu reglementieren, um eine starke Inflation zu vermeiden. Auch hier mischten sich pragmatische Gründe für Staatsinterventionen mit ideologischen, denn im Programm der NSDAP stand schon immer die Forderung nach dem "gerechten" oder "angemessenen" Preis, der mit dem Marktpreis keineswegs übereinstimmen mußte.

Außenhandel

Im Außenhandelsbereich versuchten die Nazis ebenfalls, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Wegen der Finanzierung von Staatsausgaben durch Geldschöpfung wurde eine Wechselkursbindung notwendig, für die Vorbereitung eines Krieges war es sinnvoll, eine gewisse Autarkie der Versorgung zu erreichen, um nicht von ausländischen Lieferungen abhängig zu sein und um Devisenvorräte für gezielte Warenkäufe einsetzen zu können, erschien es günstig, wenig "unnötige" Konsum- und Luxusgüter einzuführen. Dies alles bewerkstelligten die Nationalsozialisten durch eine, anfangs noch lasche, Kontrolle des Devisenverkehrs, die sich im Laufe der Zeit zu einer rigiden Devisenbewirtschaftung auswuchs. Ab September 1934 wurden im Rahmen des "neuen Plans" Überwachungsstellen eingerichtet, die jedes Importgeschäft genehmigen mußten. Gleichzeitig subventionierte das Reich devisenbringende Exporte massiv, zu diesem Zweck wurde die Industrie zur Abgabe von Exportförderungen verpflichtet. Außerdem bemühte man sich, fehlende Devisen zu ersetzen, indem vor allem mit süd- und osteuropäischen Ländern bilaterale Verträge zu direktem Gütertausch ohne Dazwischenschaltung von Geld vereinbarte.

Zeitgenössische deutsche Ökonomen, die gewisse Schwierigkeiten hatten, diese Politik der Abschottung theoretisch zu untermauern, begründeten die staatlichen Kontrollen des Außenhandels mit der Schutzzollpolitik anderer Länder, der das Deutsche Reich nur mit noch strengeren Maßnahmen widerstehen könne. Zweifellos wären aber die Exporte eher gestiegen, hätten die Nazis eine liberalere Handelspolitik betrieben. Hatten die Exporte 1929 (also vor der Weltwirtschaftskrise) noch 13,7 Milliarden Reichsmark betragen, so sanken sie bis 1936 kontinuierlich auf 8 Milliarden Reichsmark, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Wirtschaftskrise auch international bereits überwunden war.

Die Einschränkung der Importe war auch deshalb notwendig, weil man sich weigerte, die Reichsmark abzuwerten. Trotz Abwertung wichtiger Währungen, wie Dollar und Pfund, beharrten die Nazis auf einem fixen Reichsmarkkurs, angeblich aus Angst vor importierter Inflation. Tatsächlich hätte aber gerade durch eine Abwertung der Währung eine Steigerung der Importe verhindert werden können und dadurch auch importierte Inflation.

Das Bankenwesen

Interessant erscheint auch die Rolle des Bankensektors in der Geldpolitik der Nationalsozialisten. Vor allem die deutschen Großbanken wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank hatten zwischen 1930 und 1933 ihre gesamten Kapitalreserven verbraucht und starke Verluste gemacht. Nur durch enorme Subventionen durch das Deutsche Reich und die Reichsbank konnten sie über Wasser gehalten werden. Dadurch gelangten die 3 Banken unter starken staatlichen Einfluß. Trotzdem erhielten die Groß- und Privatbanken einer eher unwichtigen Position, die Finanzierung der Staatsausgaben geschah eher über die Sparkassen. Auch bei der Geldschöpfung wurde der Geschäftsbankensektor umgangen. Eine Ausweitung der Geldmenge erreichte man nicht durch Kreditvergabe der Banken, sondern, wie oben erwähnt, durch die Notenpresse. Der Bedarf an Krediten war jedoch überhaupt gering, da große, nicht ausgenützte Kapazitäten vorhanden waren und die Unternehmen wegen der Einschränkung von Gewinnausschüttungen ziemlich viel Eigenkapital besaßen. Weiters muß erwähnt werden, daß sowohl die kurz- als auch die langfristigen Zinssätze durch gesetzliche Bestimmungen gesenkt wurden, um ein günstiges Investitionsklima zu schaffen und die Aufnahme von Staatsverschuldung zu erleichtern.

Zusammenfassend ist zu bemerken, daß im Nazi-Deutschland vor 1938 die Wirtschaftspolitik aus einem durchdachten Zusammenwirken verschiedener Maßnahmen bestand, die allesamt zwei Ziele verfolgten und leider auch erreichten: die Vorbereitung des 2. Weltkriegs und die Senkung der Arbeitslosigkeit. Sicherlich hätte sich eine derartige Verschuldungspolitik langfristig nicht finanzieren lassen, jedoch war sie um so geeigneter, eine rasche Expansion zu bewirken und nach dem Endsieg hätte man die Staatskasse wohl durch Plünderung der unterworfenen Staaten sanieren können. Wer weiß schon, was Hitler so verschwebte...

Stell dir vor, du kommst auf die SoWi...

...und sie ist nicht mehr da!

Montag 4. Oktober - offizieller Semesterbeginn an unserer Fakultät. Verzweifelt eilt Alexander "Sascha" Van der Bellen mit einer Gruppe ebenso verzweifelter StudentInnen (inklusive der üblichen Politologiegroupies) durch die Universität. Vor zwei Stunden hat er sich noch in der Hofburg vom Klestil anlabern müssen und jetzt auch noch das: der Hörsaal 26, in welchem seine Finanz-Vorlesung hätte stattfinden sollen, ist nicht mehr der Hörsaal 26.

Wo ist Hs.26?

So wie dem "grünen Professor" sollte es in den nächsten Wochen noch einigen gehen. Wo ist Hs.26? Der "neue" Hs.26 - der so neu nicht zu sein scheint - befindet sich im Erdgeschoss des USI Hof (gegenüber vom UniSportInstitut), bzw. unter der neuen Lehrbuchsammlung (ja, auch die hat sich über den Sommer bewegt!). Dort unten soll nun auch der hörsaalmäßige Rest der SoWi rein - sowie die "neue Schildburg"! (Dekanat und Prüfungsamt bleiben wo sie sind - die Bürokratie lässt sich nicht bewegen.)

Die Verlegung des "SoWi-Ganges" ist zwar schon seit einer kleinen Ewigkeit geplant, doch nun scheint sie stattzufinden. Ein erstes Indiz dafür war schon im August vorzufinden: mit großen Augen mussten jene StudienrichtungsvertreterInnen, die sich im Sommer auf die Uni verirrt, folgende Notiz an der Schildburgtür lesen: "Schlüssel beim Portier hinterlegt!" Tatsächlich - der "alte" Schlüssel passte nicht. Beim Portier erhielt mensch dann nicht nur den neuen Schlüssel (ohne nach einem Ausweis gefragt zu werden), sondern auch die Auskunft "da neie Rektor oda Vizerektor - wos was i - hod se den Raum au'schaun woin, und do hom's Tir aufbroch'n."

Axt statt Schlüssel

So geht's zu in der Universität!?! Will ein ehrenwerter Herr der hohen Verwaltung (wer er auch immer war) einen Blick in ein kleines Kämmerlein von drei kleinen Studienrichtungsvertretungen werfen, und ist kein Schlüssel zur Hand - kein Problem! - wird die Tür halt aufgebrochen und ein neues Schloss eingesetzt. Eine Axt öffnet jede verschlossene Pforte! So sensibles und feinfühliges Vorgehen ist mensch sonst nur von Bäume fällenden papierindustriellen F-Scheinspitzenkandidaten gewöhnt. Naja. JedeR wie er/sie denkt.

Ende September betrat dann der solariumgebräunte, designierte Rektor alias Professor Georg Winckler die Schildburg, erkundigte sich "wann wir da aus-ziehen" und

teilte mit, "er freue sich schon auf die Stuckdecke (Kassettendecke)", die da irgendwo in der Schildburg verborgen sein soll. Er war einigermaßen verwundert, als wir ihm mitteilten, dass wir nix von Aus-, Um- oder sonstigen Zügen wüssten - genauso verwundert wie wir waren, nachdem Winckler uns schließlich von der bevorstehenden Aus-, Um-, und Über-(nicht Ziehung sondern)siedlung, des SoWi-Ganges aufgeklärt hatte.

UOG93

Warum die, wie bereits erwähnt, schon lange geplante SoWi Übersiedlung in den Hof III nun so rasant - gewissermaßen mit brachialer Gewalt - vorangetrieben wird? Das hat damit zu tun, dass (voraussichtlich) zu Beginn des Jahres 2000 die Uni Wien in das UOG93 kippt, was soviel bedeutet, dass die Strukturen/Gremien/etc. der Uni Wien dann den Bestimmungen des Universitätsorganisationsgesetzes 1993 (und nicht mehr den UOG75 Regelungen) unterstellt werden. Damit wird Prof. Winckler "offiziell" Rektor und damit braucht er, bzw. weitere UOG93 Organe (Vizerektor,...), nette, repräsentative Räumlichkeiten. Was tun? Naheliegenderweise in die Schildburg und die anderen fischen Räume des SoWi-Ganges einziehen!

Der aktuelle Stand des SchildbürgerInnenstreichs: Vorgestern (11.Okt.) war ein freundlicher Architekt in der Schildburg, der einigermaßen bedrohlich wirkte, als er meinte, in drei Wochen würde dann diese und jene Wand durchgebrochen werden. Bis heute (13.10.) wurden wir von keiner Stelle der Universität offiziell über unseren Auszug in Kenntnis gesetzt; bis heute wissen wir nicht, wohin wir übersiedeln; bis heute können wir nicht ausschließen, ob wir nicht bleiben und die Schildburg besetzt halten, wie einst Auen, Autobahntrassen oder Atomkraftwerke...

Nachsatz 1: Das UOG93 führt zum Ende der SoWi? Nein, keine Angst; auch wenn die Hörsäle irgendwo versteckt werden: unsere Fakultät bleibt erhalten! Mit dem UOG93 tritt nur der neue Fakultätsname in Kraft: WIN - Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik heißen "wir" dann. Das Ende der Sozialwissenschaften an der SoWi - aber das ist eine andere (und längere) Geschichte.

Nachsatz 2: Liebe StudentInnen! Falls ihr mal zur Sprechstunde des neuen Vizerektors (oder wer auch immer unsere Tür hat aufbrechen lassen) gehen wollt, und die Tür zu seinem Büro ist verschlossen, so leih euch die Studienrichtungsvertretung gerne eine Schlagbohrmaschine.



Keine Koalition mit dem Rassismus !

Kundgebung am Tag der Republik

Wann: 12. November

16:00 - 18:00

Wo: Parlament -Stephansplatz

Es ist eine Schande. An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, in einem prosperierenden Land sind wir mit demagogischer Hetze konfrontiert, mit Fremdenhaß, mit der Verächtlichmachung sozial Schwacher - und mit einem dubiosen Umgang mit der Nazivergangenheit. Ewiggestriges, Unaufgeklärtes blockiert schon zu lange unsere Zukunft. Die FPÖ wurde mit einem empörenden, rassistischen Wahlkampf zu einer gefährlichen Größe. Mit ihren Plakaten hat Sie sich selbst ausgegrenzt. Ihre Regierungsbeteiligung, auch eine indirekte, kann deshalb nicht in Frage kommen. Es wurde und wird zugelassen, daß Ausländer als Sündenböcke für ungelöste gesellschaftliche Probleme mißbraucht werden.

So kann es nicht weiter gehen. Das politische Establishment darf nicht nur ängstlich um den eigenen Machterhalt besorgt bleiben - zu lange schon ging man opportunistisch auf Haiders Forderungen ein.

Jetzt sind wir gefordert. Ein entschiedener Neubeginn ist notwendig, eine breite Reformoffensive für die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Grund- und Menschenrechte, für die Wahrung des Rechtsstaates, für soziale Gerechtigkeit, Mindeststandards und emanzipatorische Gleichstellung. Statt Rechtsruck - Menschenrechtsruck.

Der extremistische Populismus Jörg Haiders ist die falsche Antwort auf ein Bedürfnis nach Erneuerung. Dahinter steckt das autoritäre Projekt einer sogenannten "Dritten Republik". Das bedeutet einen totalen Bruch mit dem demokratischen Grundkonsens.

Schluß mit der Verhaiderung unseres Landes.

Wir sind Österreich.

Plattform: "Demokratische Offensive"

Rückfrage Hinweis:

SOS Mitmensch, Tel.: 524 99 00, Fax: 524 99 00 -9, sos-mitmensch@t0.or.at

Republikanischer Club, Fax: 535 99 63,

Email: RepiKlub@surfeu.at

DER ROTE BÖRSENKRACH



Datei

offenes Plenum
jeden Donnerstag,
18:00, Schildburg.

Schau vorbei!

Extra

Mail uns mal:
rbk@lili.at

RBK-Online:
<http://www.lili.at/rbk>

Optionen

StRV VWL-
Online:
<http://vwl.da.ru>

